

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zu der Beschlussempfehlung und zu dem Bericht  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
– Drucksache 16/5548**

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz  
und für Europa vom 24. April 2017  
– Drucksache 16/1967**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;  
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas**

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass das im März 2017 vorgelegte Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und auch in Baden-Württemberg eine rege öffentliche Debatte über die künftige Entwicklung der Europäischen Union angestoßen hat und der Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags von Baden-Württemberg mit seiner durch den Ausschussvorsitzenden initiierten Veranstaltungsreihe zum Weißbuch sowie den kapitelweisen Diskussionen zum Weißbuch in den Fachausschüssen des Landtags einen gewichtigen Beitrag für diese Debatte geleistet hat;
2. dass der Europaausschuss des Landtags nun konkrete Schlussfolgerungen aus dem Weißbuchprozess für das Land Baden-Württemberg ziehen und dem Landtag in einem Antrag diese bis zum Mai 2019 vorlegen soll;
3. dass das Land Baden-Württemberg aufgefordert ist, bei den für Europas Stellung in der Welt und für Europas innere Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität, soziale Gerechtigkeit und ökologische Balance und Klimaschutz wichtigen und nur europäisch solidarisch anzugehenden Themen, ein ‚Mehr Europa‘ und, wo angemessen, ein ‚Europa zweier Geschwindigkeiten‘ politisch vertritt;
4. dass die Europäische Union nach dem Prinzip der Subsidiarität von unten nach oben aufgebaut ist und künftig mehr dezentrale Gestaltungsspielräume erreichen muss, sie ebenso auch in der Welt von heute und morgen nur nach dem Prinzip der Solidarität handlungsstark und international werteprägend sein wird und so die dauerhafte Selbstbehauptung Europas erreichen kann;
5. dass bei einer vertieften Zusammenarbeit einzelner Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen, die nach EU-Vertrag bereits heute möglich ist und vom Landtag unterstützt wird, die demokratische Rückbindung an die Mitgliedsstaaten und die nationalen Parlamente entsprechend der Verfasstheit der Mitgliedsstaaten gewährleistet werden muss, um die Akzeptanz und den Erfolg des europäischen Projekts zu befördern;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

ihr Europa-Leitbild auf diesen Antrag hin abzustimmen und ggf. zu ergänzen und damit in einer gemeinsamen Haltung und Position von Legislative und Exekutive, die koalitions- und fraktionsübergreifend in guter europapolitischer Tradition des Landes angelegt ist, mündet.

31. 01. 2019

Stoch, Hofelich  
und Fraktion